



Abo

# Keine Vorkehrungen für den Fall Fukushima

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hält eine Atomkatastrophe wie in Fukushima für so unwahrscheinlich, dass es die Notfallszenarien in der Schweiz nicht anpassen will.

---

Felix Maisie

Publiziert: 23.04.2013, 08:29

Aktualisiert: 23.04.2013, 08:48





Ein AKW-Unfall wie in Fukushima ist dem Ensi zufolge völlig unwahrscheinlich: Arbeiter in Fukushima (Archivbild).

Keystone

«Überprüfung der Referenzszenarien für die Notfallplanung in der Umgebung der Kernkraftwerke, Entwurf» – so heisst das 53-seitige Dokument des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) vom 21. Dezember 2012, das die Organisation Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) heute veröffentlicht hat. In dem als «Akttenotiz» klassierten internen Papier schreibt das Ensi, bei der Notfallplanung des Bevölkerungsschutzes für AKW-Unfälle sei «Augenmass» zu halten.

Einige der Szenarien für schwere Atomunfälle seien «so unwahrscheinlich», dass

der Aufwand für den Notfallschutz der Bevölkerung «nicht mehr angemessen» sei. Berücksichtigt werden müssten nur AKW-Unfälle, «die vernünftigerweise planbar» seien. Aus diesem Grund lassen die Atomkontrolleure des Bundes bei ihrer Überprüfung der Notfallszenarien einen nicht vernünftig planbaren Unfall wie in Fukushima einfach weg.

### **«Das Ensi stützt sich kritiklos auf seine Wahrscheinlichkeitsrechnungen»**

«Hinsichtlich des Quellterms und des Freisetzungzeitpunkts ergeben sich gegenüber den bisherigen Szenarien keine Änderungen», schreibt das Ensi in seinem Papier. Quellterm nennt sich im Fachjargon die Menge der bei einem Unfall aus einem AKW austretenden Radioaktivität.

Für ihr scheinbar beruhigendes Fazit berufen sich die Atomkontrolleure laut Aefu-Geschäftsführer Martin Forter allerdings auf veraltete internationale Empfehlungen aus den Jahren 2007 und 2009, «ganz so, als wäre 2011 die theoretisch zuvor unwahrscheinliche Atomkatastrophe in Fukushima nie geschehen», wie Forter kritisiert. «Das Ensi stützt sich noch immer völlig kritiklos auf seine Wahrscheinlichkeitsrechnungen, die sogenannten probabilistischen Sicherheitsanalysen».

### **Wahrscheinlichkeit der Kernschmelze unterschätzt**

Dabei hatten in der Folge von Fukushima die drei Atomkommissionen des Bundes für Strahlenschutz und Überwachung der Radioaktivität (KSR), für nukleare Sicher-

heit (KNS) und für ABC-Schutz (Kom ABC) festgehalten, es sei «nun anerkannt, dass die Eintretenswahrscheinlichkeit» von schweren Atomunfällen «lediglich eine Arbeitsgrösse darstellt, welche jedoch das Negieren des Vorkommens seltener Ereignisse nicht zulässt».

Noch deutlicher formulieren den gleichen Sachverhalt Mitarbeiter des renommierten deutschen Max-Planck-Instituts in einem Fachaufsatz vom Mai 2012: «Aus den Erkenntnissen der letzten Jahrzehnte kann geschlossen werden», dass die «Wahrscheinlichkeit für eine Kernschmelze in Kombination mit einem Containment-Versagen unterschätzt worden ist». Dass sich in Tschernobyl und Fukushima schon innert 25 Jahren zwei Atomkatastrophen von der Art ereigneten, welche die Wahrscheinlichkeitsrechner der Atombehörden weltweit für sehr viel unwahrscheinlicher hielten, ist inzwischen auch nicht ausgesprochenen AKW-Fachleuten aufgefallen.

### **Risiko mit mathematischen Modellen wegrechnen**

Der Auftrag ans Ensi war deshalb eindeutig formuliert: Es sollte klären, ob der gesetzlich vorgeschriebene Bevölkerungsschutz auch bei einem schweren Atomunfall in der Schweiz funktioniert. «Die Referenzszenarien müssen mit Extrem-Ereignissen ergänzt werden», heisst es wörtlich in der gemeinsamen Erklärung der drei Bundes-Atomkommissionen vom 19. September 2012.

• Doch anstatt die Szenarien auftragsgemäss mit einem Fukushima-Szenario zu er-

«Doch anstatt die Szenarien auftragsgemäss mit einem Fukushima-Szenario zu ergänzen, erklärt das Ensi einen solchen Unfall schlicht als so unwahrscheinlich, dass sich der Arbeitsaufwand dafür nicht lohnt», sagt der Arzt und AefU-Präsident Peter Kälin. «Die Schweizer Atomaufsicht tut damit weitgehend das, was die japanischen Behörden vor Fukushima auch getan haben: das Risiko mit mathematischen Modellen einfach wegrechnen. Das steht im Widerspruch zum Atomgesetz, das einen funktionierenden Katastrophenschutz als Bedingung vorschreibt, damit AKW überhaupt betrieben werden dürfen.»

### **«Der Bericht ist noch nicht abgeschlossen»**

Was das Ensi nicht planen mag, haben die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz in einem Katastrophenszenario für das AKW Mühleberg vom deutschen Öko-Institut skizzieren lassen. Dieses hat die Fukushima-Freisetzungswerte auf das AKW-Mühleberg heruntergerechnet (TA vom 7. September 2012), mit folgendem Resultat: 90'000 Menschen vor allem aus der Region und der Stadt Bern müssten sofort evakuiert werden, 185'000 müssten ihren Wohnort für immer verlassen, 10'000 Quadratkilometer Land wären verseucht, Flüsse und Seen, Grund- und Trinkwasser wären kontaminiert. «Geschieht Fukushima in Mühleberg, wären weite Teile der Schweiz zerstört», beschreibt Kälin dieses Horrorszenario.

Das Ensi mag sich auf Anfrage zu den Vorwürfen inhaltlich nicht äussern. Mediensprecher Sebastian Hueber bestätigt bloss, dass man vom Bundesrat den Auftrag erhalten habe, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit, dem Bundes-

amt für Bevölkerungsschutz und den Kantonen die bisherigen Referenzszenarien und deren Annahmen für den Notfallschutz zu überprüfen und dem Bundesnotfallstab ABCN einen Bericht abzuliefern. Das Ensi teilt lediglich mit: «Der Bericht ist noch nicht abgeschlossen.»